Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 27 798
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Marcel Luthe

vom 31. Mai 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 01. Juni 2021)

zum Thema:
Pressemitteilungen der Charité

und **Antwort** vom 15. Juni 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. Jun. 2021)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
Senatskanzlei - Wissenschaft und Forschung -

Herrn Abgeordneten Marcel Luthe

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/27798
vom 31. Mai 2021
über Pressemitteilungen der Charité

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Die Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht ohne Beiziehung der Charité – Universitätsmedizin Berlin (Charité) beantworten kann. Sie wurde daher um Stellungnahme gebeten.

1) Trifft es zu, dass die Charité folgende Mitteilung verbreitet hat?

„Der Morgenpost-Artikel vom 16.5.2021 unterstellt der Charité Unregelmäßigkeiten bei der Erbringung und Abrechnung von labormedizinischen Leistungen. Diese wurden im Zusammenhang mit der Spezialambulanz eines Charité-Professors erbracht und abgerechnet. Hintergrund des Artikels sind - aus Sicht der Charité - haltlose Angriffe eines ehemaligen Patienten gegen die Berliner Universitätsmedizin, die mittlerweile auch juristisch geführt werden. Die von dem Patienten gegen die Charité bzw. den Arzt erhobenen Vorwürfe umfassen Datenschutzverstöße, Behandlungsfehler sowie fehlerhafte Abrechnung medizinischer Leistungen. Letzteres bezieht sich auf Einzelfälle, bei denen ein von der Charité beauftragter Dienstleister vor ca. zehn Jahren bei der Abrechnung nicht satzungskonforme Institutsnamen auf Rechnungen verwendete. Die Vorwürfe waren bereits Gegenstand von insgesamt 16 Schriftlichen Anfragen mit insgesamt 168 Fragen des Berliner Abgeordnetenhausmitglieds Marcel Luthe (fraktionslos) im Zeitraum 18.6.2018-20.7.2020. Zudem veranlasste die Charité eine interne Prüfung durch ihre Innenrevision und beauftragte die beiden Wirtschaftsprüfungsgesellschaften Deloitte sowie KPMG mit einer umfangreichen Prüfung der Vorwürfe. Den in der Morgenpost dargestellten Sachverhalten liegen nach Bewertung der Charité keine neuen Erkenntnisse zugrunde, die über die bereits in den Schriftlichen Anfragen bzw. Prüfungen ausführlich dargelegten Sachverhalte hinausgehen. Sie belegen damit auch nicht den Vorwurf eines möglichen Abrechnungsbetrugs. Vielmehr widersprechen die Vorwürfe jenen Erkenntnissen aus der externen Prüfung der relevanten Abrechnungsprozesse der Charité, nach denen es keine Hinweise auf fehlerhafte Abrechnungen gibt. Auch im Falle der Spezialambulanz lagen alle für die Abrechnung notwendigen Genehmigungen und Ermächtigungen vor. Insgesamt ist festzustellten, dass den im Artikel erhobenen Vorwürfen Tatsachenbehauptungen zugrunde liegen, die auf ein mangelndes Verständnis bezüglich der Abrechnungsprozesse bei Laborleistungen sowie bei medizinischen Leistungen durch so genannte Wahlärztinnen und -ärzte schließen lassen.“

Zu 1.:
Nach Auskunft der Charité trifft dies zu.

2) Falls zu 1) Ja, wann und an welche Medien hat die Charité diese Nachricht versendet?

Zu 2.:
Die Charité hat mitgeteilt, dass sie auf Nachfrage des Wochenmagazins Stern (19.05.2021) und der Deutsche Presse-Agentur (20.05.2021) diesen Medien die Stellungnahme hat zukommen lassen.

3) Wer war auf Ebene des Vorstands der Charité, wer im Senat in diesen Vorgang eingebunden bzw. zumindest im Vorfeld darüber informiert?

Zu 3.:
Der Vorstandsvorsitzende und der Vorstand Krankenversorgung wurden über die beiden medialen Nachfragen informiert. Die Stellungnahme erfolgte ohne Involvierung des Senats von Berlin.

4) Weshalb verbreitet die Charité nunmehr die Behauptung, der Abrechnungsdienstleister PVS und nicht der Arzt selbst habe sich die falschen Institutsnamen erdacht?

Zu 4.:
Die Stellungnahme verhält sich nicht dazu, in wessen Sphäre die fehlerhafte Institutsbezeichnung entstanden ist.

5) Wie passt die Darstellung, es handele sich um einen Fehler der PVS zur Darstellung durch den Vorsitzenden des Vorstandes der Charité, der „Fehler“ sei „ärztlicher Eitelkeit“ geschuldet?

Zu 5.:
Auf die Antwort zu 4. wird Bezug genommen.

6) Gibt es in Abweichung zu meinen Anfragen „Vermehrte Handlungsbedarfe an der Charité KöR oder GmbH? I – IV“ andere, dort nicht erwähnte Berichte der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften? Falls ja, welche Berichte welchen Datums sind das?

Zu 6.:
Andere Berichte von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften außerhalb der erwähnten Überprüfungen durch Deloitte und KPMG sind dem Senat nicht bekannt.

7) Falls es sich bei den zu 1) erwähnten Berichten um die Berichte handelt, die auch dem Unterzeichner durch die Senatskanzlei vorliegen: wieso behauptet die Charité entgegen des Wortlauts der Berichte eine Prüfung des Vorwurfs des Abrechnungsbetruges durch die beiden Wirtschaftsprüfungsgesellschaften?

Zu 7.:
Eine solche Behauptung ist der Stellungnahme nicht zu entnehmen.

8) Was genau – Wortlaut – war der jeweilige Auftrag der beiden Gesellschaften?

Zu 8.:

Es wird verwiesen auf die Antwort zu Frage 6 der Schriftlichen Anfrage 18/27723.

9) Wer hat diesen Gesellschaften den Auftrag erteilt?

Zu 9.:
Auftraggeberin war die Charité.

10) Lagen KPMG und Deloitte die sämtlichen Verträge betreffend die Labor Berlin GmbH vor?

Zu 10.:
Die mit Zustimmung des Abgeordnetenhauses geschlossenen Verträge waren nicht Gegenstand der Prüfung.

11) Ist die Rechtsanwaltskanzlei Irle & Moser gegenwärtig für die Charité tätig oder vertritt diese Herrn Prof. Dr. D. nur privat? Falls für die Charité, auf welcher vertraglichen Grundlage (RVG, Pauschalhonorar, Zeithonorar)?

Zu 11.:
Die Charité hat diese Rechtsanwaltskanzlei nicht beauftragt.

Berlin, den 15. Juni 2021

In Vertretung

_____
Der Regierende Bürgermeister von Berlin
Senatskanzlei - Wissenschaft und Forschung -